

Das pazifische Jahrhundert (II) 22.11.2011

BERLIN/WASHINGTON/NAYPYIDAW (Eigener Bericht) - Im Rahmen ihrer antichinesischen Einflussarbeit in Südostasien verkünden Berlin und Washington einen Kurswechsel gegenüber dem bislang heftig bekämpften Regime in Myanmar (Birma/Burma). Wie der US-Präsident Ende letzter Woche bekanntgegeben hat, wird US-Außenministerin Clinton im Dezember nach Myanmar reisen. Anfang November hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer das Land besucht und dort die Wiederaufnahme der sogenannten Entwicklungshilfe in die Wege geleitet. Minister Niebel wird Anfang 2012 in die Hauptstadt Naypyidaw fliegen, um nächste Schritte zu initiieren. Ursache für den Kurswechsel ist, dass die bisherige Konfrontationspolitik nicht zum Erfolg geführt hat: Die Volksrepublik China, für die Myanmar große geostrategische Bedeutung besitzt, hat weiterhin eine exklusive Stellung in dem Land inne. Um seine Position zu stärken, will der Westen Widersprüche im myanmarischen Establishment ausnutzen - nun aber mit Hilfe von Kooperation ("Wandel durch Annäherung"). Für Washington und den transatlantischen Flügel der Berliner Außenpolitik gehören die Einflussbestrebungen in Myanmar zur unlängst offiziell verkündeten Strategie, sich in Ländern rings um den Pazifik stärker festzusetzen - gegen China.

Schaufensterpolitik

Kritische Beobachter führen die Kehrtwende der westlichen Myanmar-Politik, deren auffälligstes Ergebnis der für Anfang Dezember angekündigte Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton ist, auf eine doppelte Ursache zurück. Einerseits hat Myanmar aufgrund des anhaltenden Aufstiegs der Volksrepublik China in den letzten Jahren erheblich an geostrategischer Bedeutung gewonnen. Nach dem Ende der Systemkonfrontation hatte der Westen sich nicht sonderlich für das Land interessiert, in dem 1988 ein repressives Militärregime an die Macht gekommen war. Bereits 1989 hatte ein westlicher Diplomat gegenüber der Washington Post geäußert: "Weil es dort keine US-Basen und nur ein sehr geringes strategisches Interesse gibt, ist Burma ein Ort, wo die Vereinigten Staaten sich den Luxus leisten können, ihren Prinzipien gerecht zu werden." [1] Seitdem wurden in großer Lautstärke die Menschenrechtsverletzungen in Myanmar angeprangert, zudem wurden seit den 1990er Jahren mehrfach Sanktionen durch USA und EU verhängt - Schaufensterpolitik für das westliche Menschenrechts-Image in einem jahrelang für unbedeutend gehaltenen Land.

Für China wichtig

Eine Weile lang hatte Myanmar für die Politik der Weltmächte in der Tat keine größere Bedeutung, bis sich herausstellte, dass - begünstigt durch die Sanktionen des Westens - China das Land eng an sich band. Beijing suchte Myanmar, das über umfangreiche Rohstoffvorkommen verfügt, nicht nur zum Wirtschaftspartner zu gewinnen, um für seinen an das Land grenzenden, vergleichsweise noch rückständigen Südwesten Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Es plant außerdem, Pipelines aus dem Indischen Ozean durch Myanmar nach China zu errichten. Damit soll die Lieferung von Erdöl und Erdgas aus dem Mittleren Osten und aus Afrika in die Volksrepublik vereinfacht werden - man kann, sobald die Pipelines fertiggestellt sind, die Rohstoffe schon im Indischen Ozean in die Röhre füllen und muss sie nicht durch die Inselwelt Südostasiens transportieren. Letzteres ist nicht nur aufwendig, sondern für China auch sehr riskant: Der Seeweg führt durch Meerengen wie etwa die Straße von Malakka, die leicht zu sperren sind, etwa durch die U.S. Navy, die in dem Gebiet nach wie vor als dominierende Seemacht auftritt. Die Vereinigten Staaten wären prinzipiell jederzeit in der Lage, China von der Energiezufuhr abzuschneiden [2] - ein Szenario, das nach den jüngsten Ankündigungen der US-Regierung, den Pazifik zu militarisieren (german-foreign-policy.com berichtete [3]), an Bedeutung gewinnt.

Umsturzpläne

Vor allem zur Zeit der Bush-Administration hatte der Westen daher versucht, mit Unterstützung für die Opposition und massivem Druck auf das Regime einen Umsturz in der Hauptstadt Naypyidaw herbeizuführen. Dabei galt die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die 1991 mit dem Friedensnobelpreis geehrt und auf diese Weise mit Vorschusslorbeeren versehen worden war, als Favoritin von USA und EU. Über Suu Kyi heißt es, sie vertrete "wirtschaftspolitisch

eindeutig pro-westliche Standpunkte" - in einem grundlegenden Manifest ihrer Partei aus dem Jahr 1989 werden "Privatisierungen, eine Öffnung" des Landes "für Auslandsinvestitionen und eine Zusammenarbeit mit Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) befürwortet".[4] Entsprechend wurde die myanmarische Opposition, als sie im Herbst 2007 Massenproteste startete, vom Westen unterstützt.[5] Breite PR-Maßnahmen begleiteten den - erfolglosen - Versuch, das Regime in Naypyidaw zu entmachten, aber auch die Überlegungen in westlichen Hauptstädten, die Unwetterkatastrophe vom Frühjahr 2008 als Anlass für eine Militärintervention zu nehmen. Man müsse, wenn eine Regierung die Folgen einer Unwetterkatastrophe nicht rasch bewältigen könne, einmarschieren dürfen, um der Bevölkerung "Hilfe" zukommen zu lassen, hieß es damals in Berlin mit Bezug auf Myanmar; entsprechend äußerte sich etwa eine damalige SPD-Bundesministerin (german-foreign-policy.com berichtete [6]). Die Pläne, die faktisch auf einen Krieg zur Installierung eines neuen Regimes hinausliefen, scheiterten allerdings.

Spaltung im Establishment

Das Scheitern der offenen Aggression ist - neben der zunehmenden geostrategischen Bedeutung des Landes - die zweite Ursache für den aktuellen Kurswechsel des Westens. USA und EU haben dazu den Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama im Januar 2009 genutzt und bemühen sich seither um eine engere Kooperation. Man wolle, da man per Konfrontation keine Erfolge erzielt habe, nun durch den "Aufbau ziviler Strukturen" den Einfluss Chinas zurückdrängen, urteilen Beobachter.[7] Hintergrund sei, "dass der Einfluss Chinas in Myanmar inzwischen bei Teilen des Establishments auf Widerspruch stößt". Bereits letztes Jahr erklärten Berliner Regierungsberater, man dürfe "das Regime in Birma nicht länger allein als einen monolithischen Block" wahrnehmen, sondern müsse stattdessen "die wirtschaftlichen Akteure (...) identifizieren, die ein vitales Interesse haben, innovative Entwicklungen anzustoßen, weil sie dadurch ein höheres Maß an Unabhängigkeit von den bestehenden Machtstrukturen erlangen".[8] Dass die damit offenkundig gemeinten Kräfte, die China kritisch gegenüberstehen, inzwischen erstarken, zeigt der Beschluss Naypyidaws, fürs Erste den Bau eines riesigen Staudamms zu stoppen. Das Vorhaben wurde von China finanziert; geplant war, aus Wasserkraft gewonnenen Strom auch in die Volksrepublik zu liefern.

Menschenrechte

Seit einigen Wochen wird nun über die westliche Presse lanciert, das Regime in Naypyidaw habe sich "dramatisch" gewandelt - und respektiere nun plötzlich die Menschenrechte. Um dem Westen diese erstaunliche Behauptung zu ermöglichen, die aus Gründen politischer PR für eine Aufnahme engerer Kooperation unerlässlich ist, hat das Regime bis zu 300 politische Gefangene freigelassen. Im Gegenzug lässt der Westen verkünden, man habe sich in den vergangenen Jahren etwas geirrt - es gebe in Myanmar wohl doch keine 2.000, sondern allenfalls 700 bis 800 aus politischem Grund Inhaftierte.[9] Die Opposition, bislang von USA und EU hofiert, hat sich anzupassen; erst kürzlich teilte die Partei von Aung San Suu Kyi mit, ihre Politik des Wahlboykotts preiszugeben und sich in Zukunft durch die Teilnahme an Urnengängen in das politische System des Landes zu integrieren. Kritische Beobachter verweisen darauf, dass das Militär nach wie vor die Zügel fest in der Hand hält, und stufen die aktuellen Maßnahmen als mit dem Westen abgesprochene Schritte ein, die eine engere Kooperation legitimieren sollen.[10] Dabei werde weitgehend außer Acht gelassen, dass die dürftigen PR-Operationen "auf die politischen und wirtschaftlichen Zentren beschränkt" seien. Die ländlichen Territorien, insbesondere die von Minderheiten bewohnten Gebiete verzeichneten nach wie vor gravierende Menschenrechtsverletzungen.[11]

Entwicklungshilfe

Dessen ungeachtet gewinnt die westliche Einflussarbeit an Schwung - unter tatkräftiger deutscher Beteiligung. Berlin, das den europäischen Einfluss in Südostasien schwinden sieht [12], hat Anfang November den Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer nach Myanmar entsandt, um dort seine Position zu sichern. Hoyer, der in Aussicht stellte, Berlin könne "wertvolle Erfahrungen" zum Aufbau der myanmarischen Demokratie beisteuern [13], wurde von Harald Klein begleitet, einem Abteilungsleiter im Bundesentwicklungsministerium [14]. Entwicklungsminister Dirk Niebel soll Anfang 2012 nach Naypyidaw reisen, um dort erste Schritte zur Wiederaufnahme der sogenannten Entwicklungskooperation einzuleiten. Weitere Maßnahmen zur Sicherung deutschen Einflusses in dem geostrategisch wichtigen Land werden folgen. Für die nächsten Wochen und Monate ist noch mit gelegentlichen Hinweisen auf die "schwierige" Menschenrechtssituation in Myanmar zu rechnen - dies gilt als nötig, um das Publikum, das vor wenigen Jahren noch auf Konfrontation eingestimmt wurde, auf den neuen Kurs vorzubereiten. Zugleich lässt sich mit "Menschenrechts"-Argumenten ein gewisser Druck auf Naypyidaw aufrecht halten, sollte das dortige Regime dem Westen in der nächsten Zeit unerwartete Schwierigkeiten bereiten.

- [1] Human Rights Watch World Report 1989 - Burma (Myanmar); www.unhcr.org
[2] Geostrategische Bedeutung von Birma/Myanmar nimmt zu; www.eurasischesmagazin.de 02.08.2011
[3] s. dazu **Das pazifische Jahrhundert**
[4] Geostrategische Bedeutung von Birma/Myanmar nimmt zu; www.eurasischesmagazin.de 02.08.2011
[5] s. dazu **Prestigeträchtigt** und **Mit langem Atem**
[6] s. dazu **Im Schatten der Katastrophe**, **Offen oder verdeckt**, **Das Recht des Stärkeren** und **Den Gürtel schließen**
[7] Geostrategische Bedeutung von Birma/Myanmar nimmt zu; www.eurasischesmagazin.de 02.08.2011
[8] Christine Schuster, Gerhard Will: Birma jenseits der Wahlen; SWP-Aktuell Oktober 2010. S. dazu **Erfolgreiche Sanktionen** und **Wandel durch Spaltung**
[9] Burma lässt politische Gefangene frei; Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.10.2011
[10] China behind Myanmar's course shift; www.atimes.com 19.10.2011
[11] The good, bad and ugly in Myanmar; www.atimes.com 08.11.2011
[12] s. dazu **Das pazifische Jahrhundert**
[13] Deutschland will engere Beziehungen zu Burma; Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.11.2011
[14] zu Klein s. auch **Ein entspannter und gemütlicher Putsch** und **Für die Freiheit der Oligarchie**

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com